



Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,
Bildung und Forschung
3003 Bern

3. Februar 2021 (RRB Nr. 107/2021)

**Aufhebung der Verordnung über die Bundeskriegstransportversicherung
(Vernehmlassung)**

Sehr geehrter Herr Bundespräsident

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 28. Oktober 2020, mit dem Sie uns die beabsichtigte Aufhebung der Verordnung über die Bundeskriegstransportversicherung (VBKV, SR 531.711) zur Stellungnahme unterbreiten. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Vernehmlassung und teilen Ihnen mit, dass wir mit der Aufhebung der VBKV einverstanden sind.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Bundespräsident,
die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin:

Die Staatschreiberin:

Dr. Silvia Steiner

Dr. Kathrin Arioli





Regierungsrat

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
info.regierungsrat@be.ch
www.be.ch/rr

Staatskanzlei, Postfach, 3000 Bern 8

Herr Bundespräsident
Guy Parmelin
Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung
Bundeshaus Ost
3003 Bern

info@bwl.admin.ch

Ihr Zeichen: --
Unser Zeichen: --

3. Februar 2021

RRB Nr.: 0125 / 2021
Direktion: Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

Aufhebung der Verordnung über die Bundeskriegstransportversicherung; Stellungnahme des Kantons Bern

Sehr geehrter Herr Bundespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, im Rahmen der Vernehmlassung zur Aufhebung der Verordnung über die Bundeskriegstransportversicherung Stellung zu nehmen.

Der Regierungsrat ist mit der Vorlage einverstanden. Da eine Hochseeschifffahrt für die Versorgung der Schweiz mit lebenswichtigen Gütern im heutigen Umfeld seine Bedeutung verloren hat und die Risikolage sich verändert hat, stimmen wir dem Entscheid zu, die Bundeskriegstransportversicherung (BKV) nicht weiterzuführen. Durch die Aufhebung der Verordnung über die Bundeskriegstransportversicherung wird der Bund die zweckgebundene Spezialfinanzierung für die BKV im Umfang von rund 55 Mio. Franken für andere Zwecke wieder zur Verfügung haben.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates


Pierre Alain Schnegg
Regierungspräsident


Christoph Auer
Staatsschreiber

Verteiler
– Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion
– Sicherheitsdirektion



Justiz- und Sicherheitsdepartement

Bahnhofstrasse 15
Postfach 3768
6002 Luzern
Telefon 041 228 59 17
justiz@lu.ch
www.lu.ch

Zustellung per Mail
info@bwl.admin.ch

Bundesamt für wirtschaftliche Landes-
versorgung

Luzern, 2. Februar 2021

Protokoll-Nr.: 162

**Aufhebung der Verordnung über die Bundeskriegstransportversiche-
rung**

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Namen und Auftrag des Regierungsrates danken wir Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Wir begrüßen die vorgeschlagene Aufhebung der Bundeskriegstransportversicherung. Es ist richtig, dass der Staat sich dort zurückzieht, wo die Privatwirtschaft taugliche Angebote bereithält und ein Staatshandeln nicht unbedingt erforderlich ist.

Freundliche Grüsse

Paul Winiker
Regierungsrat

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF
Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung BWL

per E-Mail an info@bwl.admin.ch

Altdorf, 22. Januar 2021

Aufhebung der Verordnung über die Bundeskriegstransportversicherung; Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 28. Oktober 2020 laden Sie uns zur Vernehmlassung über die Aufhebung der Verordnung über die Bundeskriegstransportversicherung (VBKV; SR 531.711) ein. Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Wir teilen die in Ihrem Bericht ausgeführten Einschätzung und unterstützen die geplante Aufhebung der Verordnung über die Bundeskriegstransportversicherung. Wir haben keine weiteren Ergänzungen anzubringen.

Wie in Ihrem Schreiben gewünscht, können Sie bei allfälligen Rückfragen gerne mit uns in Kontakt treten. Die zuständige Kontaktperson und deren Koordinaten finden Sie in der Fusszeile dieses Schreibens.

Freundliche Grüsse

Volkswirtschaftsdirektion



Urban Camenzind, Landammann



6431 Schwyz, Postfach 1260

per E-Mail
info@bwl.admin.ch

Schwyz, 22. Dezember 2020

Aufhebung der Verordnung über die Bundeskriegstransportversicherung
Vernehmlassung des Kantons Schwyz

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 28. Oktober 2020 hat das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) den Kantonsregierungen die Unterlagen zur Aufhebung der Verordnung über die Bundeskriegstransportversicherung zur Vernehmlassung bis 14. Februar 2021 unterbreitet.

Der Regierungsrat erachtet den Vorschlag des Bundesrats als sinnvoll und stimmt der Aufhebung der Verordnung über die Bundeskriegstransportversicherung vom 7. Mai 1986 (VBKV, SR 531.711) zu.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und versichern Sie, sehr geehrter Herr Bundesrat, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates:

Petra Steimen-Rickenbacher
Landammann



Dr. Mathias E. Brun
Staatsschreiber



CH-6061 Sarnen, Postfach 1264, VD

A-Post
Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)
Herr Bundespräsident Guy Parmelin
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Vorab per E-Mail an:
info@bwl.admin.ch

Sarnen, 9. Februar 2021/OWSTK.3912

Vernehmlassung zur Aufhebung der Verordnung über die Bundeskriegstransportversicherung; Stellungnahme Kanton Obwalden

Sehr geehrter Herr Bundespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 28. Oktober 2020 haben Sie uns zur Vernehmlassung zur Aufhebung der Verordnung über die Bundeskriegstransportversicherung eingeladen. Dafür danken wir Ihnen und nehmen gerne wie folgt Stellung:

Zur Vorlage

Gestützt auf Art. 39 Abs. 1 und 2 des Bundesgesetzes über die wirtschaftliche Landesversorgung (LVG; SR 531) kann der Bund unter dem Titel wirtschaftliche Landesversorgung Versicherungsdeckung gegen das Kriegsrisiko und ähnliche Gefahren wie Piraterie, Aufruhr und Terrorismus für Transportmittel, Güter und Valoren gewähren, sofern eine solche Deckung auf dem Versicherungsmarkt nicht oder nicht zu zumutbaren Bedingungen erhältlich ist. Mit der Verordnung über die Bundeskriegstransportversicherung (VBKV, SR 531.711) regelt er die gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Betrieb einer Bundeskriegstransportversicherung. Eine allgemeine Deckung kann nur gewährt werden, sofern der Antragsteller in einem begründeten Gesuch nachweist, dass alle Voraussetzungen erfüllt sind. Die Analyse im erläuternden Bericht zur politischen Bedeutung der Hochseeschifffahrt zeigt, dass eine Schweizer Flotte zur Versorgung der Schweiz mit lebenswichtigen Gütern im heutigen Umfeld (weltweites Überangebot an maritimer Frachtkapazität, Verhältnis der von der Schweiz benötigten Mengen zum weltweiten Handelsvolumen sowie die Hochseeschifffahrt als das

am wenigsten verwundbare Glied in der Logistikkette) keinen Mehrwert erbringt. Die Wahrscheinlichkeit eines Anwendungsfalls der Bundeskriegstransportversicherung ist sehr gering und es bestehen Handlungsmöglichkeiten im Sinne einer Risikominimierung (z.B. Auswahl von Alternativrouten resp. Umfahrung eines Krisengebiets). Zudem ist es heute möglich, die versicherten Risiken vermehrt über den privaten Versicherungsmarkt zu decken.

Stellungnahme:

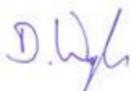
Vor diesem Hintergrund begrüßen wir die vorgeschlagene Aufhebung der Bundeskriegstransportversicherung, zumal die Vorlage keine Auswirkungen auf Kantone und Gemeinden hat. Mit der Abschaffung der VBKV fliesst hingegen das gesamte Versicherungskapital an den Bund zurück, d.h. die von ihm getätigte Einlage in Form einer zweckgebundenen Spezialfinanzierung von 50 Millionen Franken und vereinnahmte Versicherungsprämien von 5 Millionen Franken. Dies ist gerechtfertigt, da Versicherungsprämien grundsätzlich nicht an die Versicherungsnehmer zurückerstattet werden.

In diesem Zusammenhang ist es uns ein Anliegen, zu betonen, dass trotz der Aufhebung der BKV die Beschaffung von Schlüsselgütern inklusive des Transports in die Schweiz weiterhin ein unabdingbarer Bestandteil einer erfolgreichen Krisenbewältigung bleiben muss. Gerade die aktuelle Corona-Pandemie zeigt, dass der Bund eine wichtige Rolle bei der Evaluation der Lieferketten von Schlüsselgütern hat und deren Beschaffung sichern muss.

Wir danken Ihnen, sehr geehrter Herr Bundespräsident, sehr geehrte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Volkswirtschaftsdepartement



Daniel Wyler
Regierungsrat

Kopie an:

- Kantonale Mitglieder der Bundesversammlung
- Regierungsrat (Zirkulationsmappe)
- Volkswirtschaftsdepartement (Departementssekretariat)
- Volkswirtschaftsamt
- Staatskanzlei mit den Akten (OWSTK. 3913)



CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

PER E-MAIL

Eidg. Departement für Wirtschaft, Bildung und
Forschung (WBF)
Herr Bundespräsident Guy Parmelin
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 2. Februar 2021

Aufhebung der Verordnung über die Bundeskriegstransportversicherung. Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Bundespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 28. Oktober 2020 eröffnete das Eidg. Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) bei den Kantonen das Vernehmlassungsverfahren zur Aufhebung der Verordnung über die Bundeskriegstransportversicherung (VBKV; SR 531.711).

1 Ausgangslage

Gemäss Art. 15 Abs. 2 des Bundesgesetzes über die wirtschaftliche Kriegsvorsorge vom 30. September 1955 konnte der Bundesrat Versicherung gegen Kriegstransportgefahren und Rückversicherung von gewöhnlichen Transportgefahren gewähren. Gestützt auf diese gesetzliche Bestimmung und nach Anhörung der interessierten Kreise der Privatwirtschaft hat der Bundesrat den nicht veröffentlichten Beschluss vom 31. Januar 1956 sowie denjenigen vom 4. März 1960 über die Versicherung von Kriegstransportgefahren gefasst. Sie bestimmen, dass der Bund, unter der Bezeichnung «Bundeskriegstransportversicherung» eine Versicherung gegen Kriegstransportgefahren gewähren kann. Die Bundeskriegstransportversicherung (BKV) kann Deckung gewähren für Ein- und Ausfuhr Güter und Valoren sowie die zu deren Beförderung bestimmten Transportmitteln. Die Versicherung erfolgt durch den Abschluss eines mit dem Bundesgesetz über den Versicherungsvertrag (Versicherungsvertragsgesetz VGG; SR 221.229.1) konformen Versicherungsvertrags. Sie deckt eine Lücke, die den Versicherten durch das Erlöschen der Versicherungsdeckung durch die privaten Versicherer von Kriegs- und vergleichbaren Risiken entsteht.

Im Rechnungsjahr 1973 hat der Bund eine zweckgebundene Spezialfinanzierung im Fremdkapital für die Bundeskriegstransportversicherung mit einer Einlage von 50 Millionen Franken in die Staatsrechnung aufgenommen. Die jährlichen Prämienzahlungen der Versicherungsnehmer (in den Anfangsjahren haben neben den Schiffsgesellschaften auch Fluggesellschaften, Eisenbahn- und Strassentransportunternehmen eine Bundeskriegstransportversicherung abgeschlossen) werden jeweils der Rückstellung gutgeschrieben. Im Rechnungsjahr 1974 wurden der Rückstellung 15 Millionen Franken für Flugzeugschadenfälle entnommen. Seit dem Inkrafttreten der Verordnung über die Bundeskriegstransportversicherung (VBKV) im Jahr

1986 waren ausschliesslich Hochseeschiffe versichert, im Durchschnitt pro Jahr rund 30 Schiffe. Die Prämienzahlungen der Schiffseignergesellschaften belaufen sich seither auf insgesamt rund 2 Millionen Franken (Einheitsprämie von 2'000 Franken pro Jahr und Schiff). Zusammen mit den ursprünglich eingeschossenen Bundesmitteln und früheren Prämienzahlungen weist die Spezialfinanzierung für die BKV gemäss Staatsrechnung 2018 ein Vermögen von 55 Millionen Franken aus.

2 **Aufhebung der Bundeskriegstransportversicherung (VBKV)**

Die VBKV wurde am 1. Mai 1986 in Kraft gesetzt. Seither wurden keine inhaltlichen Anpassungen an die mittlerweile stark veränderten Rahmenbedingungen des Versicherungswesens und an die Innovationen der Privatassekuranz vorgenommen. Im Jahr 2017 wurde die VBKV aufgrund des neuen Bundesgesetzes über die wirtschaftliche Landesversorgung (Landesversorgungsgesetz, LVG; SR 531) lediglich formell angepasst.

Die Bundeskriegstransportversicherung (VBKV) hat ihre Bedeutung verloren; sie ist inhaltlich nicht mehr aktuell und kaum mehr mit den heutigen Grundsätzen des Versicherungswesens vereinbar. Somit ist das Risiko für den Bund, dass die BKV zum Tragen kommt und tatsächlich ein Schaden gedeckt werden muss, aus Sicht des Fachbereichs Logistik äusserst gering und rechtfertigt die Kapitalbindung von aktuell rund 55 Millionen Franken nicht. Die Prämieinnahmen von rund 60'000 Franken pro Jahr (Prämienjahr 2019; abzüglich der Verwaltungskosten) entsprechen aktuell einer «Rendite» von knapp 0.1% des gebundenen Kapitals. Es ist zudem davon auszugehen, dass diese Prämieinnahmen als Folge von Schiffsverkäufen zurückgehen werden.

Durch die Aufhebung der VBKV wird die zweckgebundene Spezialfinanzierung für die BKV im Umfang von rund 55 Millionen Franken nicht mehr benötigt und aufgelöst. Diese Mittel können so der allgemeinen Bundeskasse per Abschluss des Rechnungsjahres 2021 zugeführt werden.

2.1

Transportunternehmungen (Eignergesellschaften von Schweizer Hochseeschiffen) müssen zukünftig für den Fall, dass sie tatsächlich im Auftrag der wirtschaftlichen Landesversorgung Transporte ausführen, die entsprechende Versicherungsdeckung auf dem freien Markt abschliessen und/oder Krisengebiete umfahren. Mit dem Wegfall der Bundeskriegstransportversicherung respektive der Aufhebung der Verordnung über die Bundeskriegstransportversicherung entfallen im Gegenzug die jährlichen Prämienzahlungen. Die übrige Wirtschaft ist von der Vorlage nicht betroffen und die Aufhebung der Bundeskriegstransportversicherung hat keine messbaren Auswirkungen auf die Volkswirtschaft.

Der Regierungsrat Nidwalden bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Er unterstützt die vorgesehene Aufhebung der VBKV und beurteilt diesen Schritt als zeitgemäss.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES



Dr. Othmar Filliger
Landammann




lic. iur. Armin Eberli
Landschreiber

Geht an:

- info@bw.admin.ch

Volkswirtschaft und Inneres
Zwinglistrasse 6
8750 Glarus

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung
WBF

Glarus, 4. November 2020
Unsere Ref: 2020-207

Vernehmlassung zur Aufhebung der Verordnung über die Bundeskriegstransportversicherung

Hochgeachteter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und unterstützen Ihren Antrag, die Bundeskriegstransportversicherung aufzuheben.

Genehmigen Sie, hochgeachteter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse


Marianne Lienhard
Landammann

Volkswirtschaftsdirektion, Postfach, 6301 Zug

Per E-Mail

Eidgenössische Departement für Wirtschaft,
Bildung und Forschung, WBF
Bundeshaus Ost
3003 Bern

T direkt +41 41 728 55 01
silvia.thalmann@zg.ch
Zug, 14. Januar 2021 DICR
VD VDS 6 / 359

Vernehmlassung zur Aufhebung der Verordnung über die Bundeskriegstransportversicherung – Stellungnahme des Kantons Zug

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 28. Oktober 2020 haben Sie die Kantone eingeladen, zur Aufhebung der Verordnung über die Bundeskriegstransportversicherung Stellung zu nehmen. Der Regierungsrat des Kantons Zug hat die Volkswirtschaftsdirektion mit der direkten Erledigung beauftragt.

Wir stellen hiermit folgenden

Antrag:

Wir unterstützen die Aufhebung der Verordnung über die Bundeskriegstransportversicherung (VBKV).

Begründung:

Gestützt auf Art. 39 Abs. 1 und 2 des Bundesgesetzes über die wirtschaftliche Landesversorgung (LVG; SR 531) kann der Bund unter dem Titel wirtschaftliche Landesversorgung Versicherungsdeckung gegen das Kriegsrisiko und ähnliche Gefahren wie Piraterie, Aufruhr und Terrorismus für Transportmittel, Güter und Valoren gewähren, sofern eine solche Deckung auf dem Versicherungsmarkt nicht oder nicht zu zumutbaren Bedingungen erhältlich ist. Mit der Verordnung vom 7. Mai 1986 über die Bundeskriegstransportversicherung (VBKV, SR 531.711) regelt er die gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Betrieb einer Bundeskriegstransportversicherung.

Eine allgemeine Deckung kann nur gewährt werden, sofern der Antragsteller in einem begründeten Gesuch nachweist, dass alle Voraussetzungen erfüllt sind. Eine Analyse des WBF der versorgungspolitischen Bedeutung der Hochseeschifffahrt zeigt, dass eine Schweizer Flotte zur Versorgung der Schweiz mit lebenswichtigen Gütern im heutigen Umfeld (weltweites Überan-

gebot an maritimer Frachtkapazität, Verhältnis der von der Schweiz benötigten Mengen zum weltweiten Handelsvolumen sowie die Hochseeschifffahrt als das am wenigsten verwundbare Glied in der Logistikkette) keinen Mehrwert erbringt. Die Wahrscheinlichkeit eines Anwendungsfalls der Bundeskriegstransportversicherung ist sehr gering und es bestehen Handlungsmöglichkeiten im Sinne einer Risikominimierung (z.B. Auswahl von Alternativrouten resp. Umfahrung eines Krisengebiets). Zudem ist es heute möglich, die versicherten Risiken vermehrt über den privaten Versicherungsmarkt zu decken.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse
Volkswirtschaftsdirektion



Silvia Thalmann-Gut
Regierungsrätin

Kopie per E-Mail an:

- info@bwl.admin.ch (in Word- und PDF-Datei)
- Zuger Mitglieder der Bundesversammlung
- Staatskanzlei zur Veröffentlichung auf der Homepage
- Amt für Wirtschaft und Arbeit

Bundesamt für wirtschaftliche
Landesversorgung BWL
Bernastrasse 28
3003 Bern

2. Februar 2021

**Vernehmlassung zur Aufhebung der Verordnung über die
Bundeskriegstransportversicherung – Stellungnahme**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 28. Oktober 2020 hat das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF uns zur Stellungnahme zum Entwurf und zum erläuternden Bericht zur Aufhebung der Verordnung über die Bundeskriegstransportversicherung eingeladen.

Wir danken für die Möglichkeit zur Stellungnahme und teilen Ihnen gerne mit, dass wir mit der vorgeschlagenen Aufhebung der Verordnung über die Bundeskriegstransportversicherung einverstanden sind und keine weiteren Bemerkungen anzubringen haben.

Mit freundlichen Grüssen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES


Susanne Schaffner
Frau Landammann


Andreas Eng
Staatsschreiber



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 80 54
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Per E-Mail: info@bwl.admin.ch

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF

Basel, 3. Februar 2021

Regierungsratsbeschluss vom 2. Februar 2021

Aufhebung der Verordnung über die Bundeskriegstransportversicherung
Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 28. Oktober 2020 haben Sie den Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt eingeladen, zur Aufhebung der Verordnung über die Bundeskriegstransportversicherung (VBKV) Stellung zu nehmen.

Der Regierungsrat spricht sich für den Vorschlag des Bundesrates zur Aufhebung der VBKV aus.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse
Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Elisabeth Ackermann
Präsidentin

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin

Regierungsrat, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,
Bildung und Forschung WBF

per Mail an: info@bwl.admin.ch

Liestal, 12. Januar 2021
VGD/StaFö/TS

Aufhebung der Verordnung über die Bundeskriegstransportversicherung, Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 28. Oktober 2020 haben Sie uns eingeladen, im Rahmen der Vernehmlassung betreffend Aufhebung der Verordnung über die Bundeskriegstransportversicherung Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen dafür und geben folgende Rückmeldung:

In einer Analyse kommen Sie zum Schluss, dass die Verordnung vom 7. Mai 1986 über die Bundeskriegstransportversicherung aufgehoben werden kann. Dies aufgrund der sich veränderten Risikolage und aufgrund der Abnahme der Bedeutung der Hochseeschifffahrt für die wirtschaftliche Landesversorgung. Wir können Ihren Schlussfolgerungen zustimmen und unterstützen die Aufhebung.

Wir sind auch damit einverstanden, dass die finanziellen Mittel aus dieser zweckgebundenen Spezialfinanzierung der allgemeinen Bundeskasse zugewiesen werden.

Hochachtungsvoll



Dr. Anton Lauber
Regierungspräsident



Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin

Kanton Schaffhausen
Volkswirtschaftsdepartement
Mühlentalstrasse 105
CH-8200 Schaffhausen
www.sh.ch

T +41 52 632 73 80
sekretariat.vd@sh.ch



Volkswirtschaftsdepartement

Bundesamt für wirtschaftliche
Landesversorgung
Dr. Ruedi Rytz
Leiter Logistik & IKT
3003 Bern
Per Mail an: info@bwl.admin.ch

Schaffhausen, 2. Februar 2021

Aufhebung der Verordnung über die Bundeskriegstransportversicherung; Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Dr. Rytz

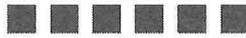
Mit Schreiben vom 28. Oktober 2020 hat das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) den Kantonsregierungen die Unterlagen zur Aufhebung der Verordnung über die Bundeskriegstransportversicherung zur Vernehmlassung bis 14. Februar 2021 unterbreitet.

Im Namen des Regierungsrats danke ich Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und teile Ihnen gerne mit, dass der Kanton Schaffhausen den Vorschlag des Bundesrats, auf eine Weiterführung der Bundeskriegstransportversicherung zu verzichten und die entsprechende Verordnung ausser Kraft zu setzen, unterstützt.

Freundliche Grüsse

Volkswirtschaftsdepartement
Der Vorsteher:

Dino Tamagni
Regierungsrat



Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 11
info@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Per E-Mail an
info@bwl.admin.ch

Appenzell, 18. Februar 2021

Aufhebung der Verordnung über die Bundeskriegstransportversicherung Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 28. Oktober 2020 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Aufhebung der Verordnung über die Bundeskriegstransportversicherung zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft. Sie unterstützt die Vorlage.

Wir bitten um Nachsicht, dass wir die Stellungnahme nicht ganz zeitgerecht einreichen, und danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:


Markus Dörig

Zur Kenntnis an:

- Volkswirtschaftsdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 2, 9050 Appenzell
- Ständerat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell
- Nationalrat Thomas Rechsteiner (thomas.rechsteiner@parl.ch)



Volkswirtschaftsdepartement, Generalsekretariat, Davidstrasse 35, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Departement
für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Beat Tinner
Regierungsrat
Volkswirtschaftsdepartement
Davidstrasse 35
9001 St.Gallen
T +41 58 229 34 87
beat.tinner@sg.ch

St.Gallen, 8. Dezember 2020

Aufhebung der Verordnung über die Bundeskriegstransportversicherung; Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 28. Oktober 2020 haben Sie unter anderem die Kantonsregierungen eingeladen, sich am Vernehmlassungsverfahren über die Aufhebung der Verordnung über die Bundeskriegstransportversicherung (BKV) zu beteiligen. Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns wie folgt:

Nachdem der Kanton St.Gallen nicht direkt betroffen ist, verzichten wir auf eine Stellungnahme.

Freundliche Grüsse
Der Vorsteher

Beat Tinner
Regierungsrat

Zustellung auch per E-Mail (PDF- und Word-Version) an:
info@bwl.admin.ch

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

A-Post Plus

Bundesamt für wirtschaftliche
Landesversorgung
Bernastrasse 28
3003 Bern

13. Januar 2021

Aufhebung der Verordnung über die Bundeskriegstransportversicherung; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 28. Oktober 2020 wurden die Kantonsregierungen eingeladen, im Rahmen einer Vernehmlassung zur Aufhebung der Verordnung über die Bundeskriegstransportversicherung (VBKV) vom 7. Mai 1986 (SR 531.711) Stellung zu nehmen. Der Regierungsrat des Kantons Aargau dankt Ihnen für diese Gelegenheit, die er gerne wahrnimmt.

Der Aargauer Regierungsrat unterstützt die Aufhebung der VBKV. Mit Abschaffung der VBKV fliesst das gesamte Versicherungskapital an den Bund zurück: die Einlage von 50 Millionen Franken und vereinnahmte Versicherungsprämien von 5 Millionen Franken. Dies ist gerechtfertigt, da Versicherungsprämien grundsätzlich nicht an die Versicherungsnehmer zurückerstattet werden.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Stephan Attiger
Landammann

Vincenza Trivigno
Staatsschreiberin

Kopie

- info@bwl.admin.ch

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung
Herr Guy Parmelin
Bundesrat
3003 Bern

Frauenfeld, 9. Februar 2021

75

Aufhebung der Verordnung über die Bundeskriegstransportversicherung

Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

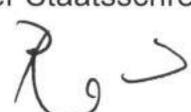
Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme zur Aufhebung der Verordnung über die Bundeskriegstransportversicherung (VBKV; SR 531.711).

Wir sind mit der Aufhebung der VBKV einverstanden.

Obwohl aktuell die Versicherungsgesellschaften noch immer die „Automatic Termination of Cover“ in ihren Geschäftsbedingungen haben, kann auf eine entsprechende Versicherungsleistung seitens des Bundes verzichtet werden. Es besteht praktisch immer die Möglichkeit, ein entsprechendes Gebiet zu umfahren oder zu umfliegen, um so der Gefahr von War Risk (Kriegsrisiko), Kidnapp (Entführung) und Ransom (Erpressung) zu entgehen. Zudem entstehen durch die Aufhebung der VBKV weder dem Bund noch den Kantonen finanzielle Aufwände oder Einbussen. Es werden vielmehr zweckgebundene Mittel in der Höhe von 55 Mio. Franken frei, die den allgemeinen Finanzen zugeteilt werden können. Für die betroffenen Unternehmen entfallen die jährlichen Versicherungsprämien.

Mit freundlichen Grüssen

Der Präsident des Regierungsrates


Der Staatsschreiber






Philippe Leuba
Conseiller d'Etat

Rue Caroline 11
1014 Lausanne

Chef du Département de l'économie, de l'innovation et du sport

Département fédéral de l'économie, de
la formation et de la recherche
Monsieur
le Président de la Confédération
Guy Parmelin
Palais fédéral est
3003 Berne

Par courrier électronique à :
info@bwl.admin.ch
(une version Word et une version PDF)

Réf. : 21_COU_540

Lausanne, le 26 janvier 2021

Consultation : abrogation de l'ordonnance sur l'assurance fédérale des transports contre les risques de guerre

Monsieur le Président de la Confédération,

Le Canton de Vaud vous remercie de l'avoir consulté s'agissant de l'abrogation de l'ordonnance sur l'assurance fédérale des transports contre les risques de guerre.

Le maintien d'une assurance des transports contre les risques de guerre de la Confédération n'apparaît pas pertinent dès lors que la navigation maritime a perdu de son importance pour la politique d'approvisionnement de notre pays. Par ailleurs, les risques concernés peuvent être désormais gérés adéquatement par les compagnies de transport et font l'objet d'une meilleure couverture sur le marché privé. Partant, nous sommes favorables au projet d'abrogation cité sous rubrique.

En vous remerciant de l'attention que vous voudrez bien porter à nos déterminations, nous vous prions de croire, Monsieur le Président de la Confédération, à l'assurance de notre haute considération.

Le Chef du département

Philippe Leuba
Conseiller d'Etat

Copie

- Monsieur Roland Ecoffey, Chef de l'Office des affaires extérieures



2021.00143

P.P. CH-1951
Sion

Poste CH SA

Herr
Bundesrat Guy Parmelin
Departement für Wirtschaft, Bildung und
Forschung (WBF)
Bundeshaus Ost
3003 Bern



Unsere Ref. DWTI / SPR
Ihre Ref.

Datum 20. Januar 2021

Vernehmlassung - Aufhebung der Verordnung über die Bundeskriegstransportversicherung

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

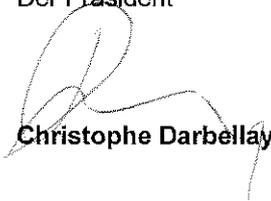
Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 28. Oktober 2020 und die damit verbundene Einladung zur Teilnahme an der Vernehmlassung bezüglich des obenstehenden Geschäftes.

Nach interner Analyse können wir Ihnen mitteilen, dass der Walliser Staatsrat mit der Aufhebung der Verordnung über die Bundeskriegstransportversicherung einverstanden ist.

In diesem Sinne danken wir Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Im Namen des Staatsrates

Der Präsident


Christophe Darbellay



Der Staatskanzler


Philipp Spörri

Kopie an info@bwl.admin.ch



LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

Par courriel : info@bwl.admin.ch

Département fédéral de l'économie, de la
formation et de la recherche DEFR
Palais fédéral Nord
3003 Berne

Consultation sur l'abrogation de l'ordonnance sur l'assurance fédérale des transports contre les risques de guerre

Monsieur le conseiller fédéral,

Nous vous remercions de nous associer à la procédure de consultation citée en titre. Au nom du Gouvernement neuchâtelois, nous sommes en mesure de nous prononcer comme suit à son sujet.

La crise sanitaire que nous traversons depuis quelques mois nous démontre combien la Suisse est fortement dépendante de ses importations pour satisfaire ses besoins vitaux. Il est donc primordial de garantir l'approvisionnement du pays et de préserver les moyens de transport en période de crise.

La Confédération a chargé l'Office fédéral pour l'approvisionnement économique du pays (OFAE) d'établir un rapport sur l'importance de la navigation maritime pour la politique suisse d'approvisionnement. Publié fin 2016, ce rapport a été actualisé en octobre 2019, sans en modifier les conclusions. L'évaluation se limite aux denrées alimentaires et aux huiles minérales, n'abordant donc pas le sujet des besoins vitaux de la Suisse en matière sanitaire (médicaments ou principes actifs, p. ex.) ou autres. L'évaluation de la chaîne d'approvisionnement pour la Suisse devrait être beaucoup plus large dans le monde globalisé actuel.

Même si une crise majeure survenait à l'échelle européenne, le principal défi à affronter ne serait pas, selon l'évaluation fédérale, le manque de capacité de la flotte maritime suisse, mais plutôt les capacités de transport sur le continent et de transbordement dans les ports. Disposer d'une flotte maritime suisse dans ce contexte ne changerait donc rien à ces problèmes. De plus, au vu de leur relativement faible importance et même en cas de crise, les capacités des navires battant pavillon suisse pourraient, en cas d'indisponibilité de celles-ci, être aisément sollicitées auprès d'autres transporteurs maritimes présents sur le marché. Nous vous rendons attentifs aux situations de crise induisant des changements très rapides sur les marchés. L'utilité de la logistique a été pleinement démontrée en 2020. Plusieurs États européens ont d'ailleurs sollicité l'armée pour certaines de ces tâches.

NE

D'après le rapport explicatif de la consultation, seuls les propriétaires de navires battant pavillon suisse ont conclu à ce jour une couverture d'assurance contre les risques de guerre auprès de la Confédération. La suppression de cette couverture n'aurait donc qu'un impact marginal sur l'approvisionnement économique de notre pays en produits alimentaires et pétroliers.

Le canton de Neuchâtel ne s'oppose pas à l'abrogation de l'ordonnance sur l'assurance fédérale des transports contre les risques de guerre, mais s'interroge sur le bienfondé de cette adaptation sectorielle sans vue globale des enjeux pour le pays. Il est demandé à la Confédération de repenser globalement l'approvisionnement du pays qui a clairement montré ses limites durant la crise sanitaire de la COVID.

En vous remerciant de nous avoir consulté, nous vous prions de croire, Monsieur le conseiller fédéral, à l'expression de notre haute considération.

Neuchâtel, le 25 janvier 2021

Au nom du Conseil d'État :

La présidente,
M. MAIRE-HEFTI

La chancelière,
S. DESPLAND



M. Maire-Hefti

S. Despland

Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung (BWL)
Bernastrasse 28
3003 Bern

Elektronisch an:
info@bwl.admin.ch

Bern, 2. Februar 2021

Aufhebung der Verordnung über die Bundeskriegstransportversicherung

Vernehmlassungsantwort der Schweizerischen Volkspartei (SVP)

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir nehmen im Rahmen der rubrizierten Vernehmlassung Stellung zur Vorlage.
Wir äussern uns dazu wie folgt:

Die SVP äussert sich grundsätzlich positiv zu der geplanten Einstellung der «Bundeskriegstransportversicherung». Die schwindende Bedeutung einer staatlichen Transportversicherung darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Verfügbarkeit von Schlüsselgütern in der Schweiz jederzeit sichergestellt werden muss.

Die Bundeskriegstransportversicherung (BKV), welche Güter, Valoren und Transportmittel während des Transfers in die Schweiz versichert, hat aus verschiedensten Gründen an Bedeutung verloren. Erstens haben die internationalen Logistikdienstleister seit der Inkraftsetzung der BKV im Jahr 1956 zahlreiche neue Transportrouten erschlossen. Heute kann aufgrund der Vielzahl von alternativen Handelsrouten die Deckung der BKV gar nicht mehr geltend gemacht werden. Zweitens können Kriegsrisiken, Entführungen und Erpressung auf dem freien Markt versichert werden.

Theoretischer Handelsbedarf bestände nur in der Schockdeckung, welche eine Versicherungsdeckung in drei möglichen Situationen vorsieht: Erstens einem Grosskrieg zwischen mindestens zwei UNO-Vetomächten, zweitens dem Einsatz von Nuklearwaffen und drittens dem Einbezug der Schweiz in einen Krieg. Da die Wahrscheinlichkeit eines Eintreffens dieser Ereignisse jedoch sehr gering ist, gibt es für die BKV in der heutigen Form keine Daseinsberechtigung mehr.

Eine Einstellung der BKV darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Beschaffung von Schlüsselgütern (wie Schutzmasken während einer Pandemie), inklusive des Transports in die Schweiz, weiterhin ein unabdingbarer Bestandteil einer erfolgreichen Krisenbewältigung darstellen. Deshalb muss der Bund die gesamte Komplexität der Lieferketten solcher Schlüsselgüter evaluieren und Massnahmen, wie mögliche Produktionsanreize für eine Produktion im Inland (z. Bsp. für Impfstoffe), anbieten.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI

Der Parteipräsident



Marco Chiesa

Der Generalsekretär



Peter Keller



Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung
und Forschung WBF
Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung BWL
Bernastrasse 28
3003 Bern

info@bwl.admin.ch

Bern, 14. Februar 2021

**Aufhebung der Verordnung über die Bundeskriegstransport-
versicherung (VBKV)**

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Zustellung der Vernehmlassungsunterlagen.

Die SP Schweiz ist mit der Ausserkraftsetzung der Verordnung über die Bundeskriegstransportversicherung (VBKV) vom 7. Mai 1986 einverstanden. Diese regelt die gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Betrieb einer Bundeskriegstransportversicherung (BKV). Nachdem der Bundesrat im Januar 2020 zum Schluss gekommen ist, dass eine Hochseeflotte zur Versorgung der Schweiz mit lebenswichtigen Gütern im heutigen Umfeld keinen Mehrwert erbringt und die BKV in engem Zusammenhang mit der Hochseeschifffahrt steht, erübrigt sich auch eine Weiterführung der BKV bzw. der VBKV.

Mit freundlichen Grüssen.

Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Mattea Meyer
Co-Präsidentin

Cédric Wermuth
Co-Präsident

Luciano Ferrari
Leiter Politische Abteilung

Sozialdemokratische Partei
der Schweiz

Theaterplatz 4
Postfach · 3011 Bern

Telefon 031 329 69 69
Telefax 031 329 69 70



Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung BWL
Bernastrasse 28
3003 Bern

Per Mail: info@bwl.admin.ch

Bern, 9. November 2020

Aufhebung der Verordnung über die Bundeskriegstransportversicherung

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung, an der Vernehmlassung zum oben genannten Geschäft teilzunehmen.

Wir bedauern, Ihnen mitteilen zu müssen, dass wir trotz der unbestrittenen Bedeutung der Vorlage aus Kapazitätsgründen auf eine Eingabe verzichten müssen.

Besten Dank für Ihr Verständnis.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Städteverband
Direktorin

Renate Amstutz

Von: [Maeder Sabine](#)
An: [Egger Bruno BWL](#)
Betreff: Schweizerischer Arbeitgeberverband
Datum: Donnerstag, 29. Oktober 2020 13:55:42
Anlagen: [image001.png](#)
[image002.png](#)

Sehr geehrter Herr Egger

Wir danken Ihnen bestens für die uns gebotene Möglichkeit zu erwähnter Vernehmlassung Stellung nehmen zu können.

Da dieses Thema gemäss Ressortteilung zwischen dem Schweizerischen Arbeitgeberverband und Economiesuisse – Dachverband der Schweizer Unternehmen – in dessen Zuständigkeitsbereich fällt, verzichten wir auf eine eigene Eingabe.

Für Ihre Kenntnisnahme danken wir Ihnen im Voraus bestens.

Freundliche Grüsse
Sabine Maeder

Assistentin
SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND
Hegibachstrasse 47
Postfach
8032 Zürich
Tel. +41 44 421 17 17
Fax +41 44 421 17 18
Direktwahl: +41 44 421 17 42
maeder@arbeitgeber.ch
<http://www.arbeitgeber.ch>



Von: [Denis Torche](#)
An: [Egger Bruno BWL](#)
Betreff: abrogation de l'ordonnance sur l'assurances fédérale des transports contre les risques de guerre
Datum: Dienstag, 3. November 2020 08:36:44
Anlagen: [image001.jpg](#)

Bonjour Monsieur Egger,

Nous vous informons que Travail.Suisse renonce à se prononcer sur cette consultation.

Avec nos meilleures salutations

Denis Torche



Denis Torche
Membre du bureau exécutif
Tél. 031 370 21 11
Case postale, 3001 Berne
torche@travailsuisse.ch
www.travailsuisse.ch

Monsieur le Conseiller fédéral
Guy Parmelin
Département fédéral de l'économie, de la
formation et de la recherche DEFR
3003 Berne

Par courrier électronique :
info@bwl.admin.ch

Paudex, le 15 février 2021
PGB

Procédure de consultation : abrogation de l'assurance fédérale des transports contre les risques de guerre

Monsieur le Conseiller fédéral,

Nous avons pris connaissance du projet d'abrogation de l'ordonnance relative à l'assurance fédérale des transports contre les risques de guerre (ARG), projet mis en consultation par vos services.

L'ARG a vu ses bases légales posées dès 1955 et a été dotée d'un financement spécial de 50 millions de CHF dès 1973. Elle vise à couvrir les risques de guerre pour les transports contribuant à l'approvisionnement économique de la Suisse, et ce à titre subsidiaire dans le cas où le marché privé de l'assurance n'accepte plus de couvrir de tels risques (en cas de guerre majeure impliquant les grandes puissances nucléaires, ou si la Suisse elle-même est entraînée dans un conflit armé).

Le Conseil fédéral propose aujourd'hui de supprimer l'ARG en abrogeant l'ordonnance y relative. Les principaux arguments à l'appui de cette suppression sont que les risques d'un conflit majeur sont aujourd'hui faibles ; que le fonctionnement actuel des transports permet plus facilement de contourner les régions en crise où les assurances refusent de couvrir les risques ; que l'ARG n'a assuré jusqu'ici que des navires de haute mer, lesquels jouent aujourd'hui un rôle nettement moindre dans l'approvisionnement économique du pays.

Accessoirement, le rapport explicatif relève que les dispositions de l'ordonnance ne sont plus actuelles, qu'elles ne sont plus compatibles avec les principes en usage aujourd'hui en matière d'assurance, et que certaines formulations sont susceptibles d'entraîner une insécurité juridique notable. Enfin, la Confédération verrait d'un bon œil de récupérer le financement spécial affecté à l'ARG, qui atteint actuellement quelque 55 millions de CHF.

Appréciation

Les arguments principaux invoqués à l'appui d'une suppression de l'ARG nous paraissent insuffisamment convaincants. Face à un regain de tension perceptible entre les grandes puissances militaires du monde, la question de l'approvisionnement économique de la Suisse en cas de guerre mérite d'être prise au sérieux, y compris sous l'angle d'une possible assurance de certains transports. Nous constatons en l'occurrence que l'ARG peut aussi bénéficier à des moyens de transport autres que maritimes, et donc tout à fait modernes.

Paradoxalement, les arguments les plus convaincants sont ceux présentés de manière accessoire. Nous pouvons en effet parfaitement concevoir qu'un dispositif imaginé dans la

seconde moitié du XX^e siècle et dans le cadre de la Guerre froide ne soit plus adapté aux besoins d'aujourd'hui. Toutefois, cette obsolescence de l'ARG ne suffit pas à justifier que la Confédération abandonne soudain toute possibilité d'assurer certains transports à titre subsidiaire, dans des circonstances où les assurances privées résilieraient leur couverture de risque, et où de tels transports auraient de l'importance pour l'approvisionnement de la Suisse.

En ce sens, nous ne pouvons pas souscrire à une suppression de l'ARG sans que celle-ci soit remplacée par autre chose. Il y a lieu d'examiner si les dispositions de l'ordonnance peuvent être adaptées afin de répondre aux exigences actuelles dans ce domaine. A défaut, il faudrait proposer un autre instrument qui poursuive le même but, à savoir une possibilité subsidiaire d'assurance pour des transports essentiels en temps de crise.

Au vu de ce qui précède, nous n'approuvons pas le projet de suppression de l'ARG et d'abrogation de l'ordonnance y relative, car nous estimons qu'une possibilité d'assurance subsidiaire des transports contre les risques de guerre doit être maintenue sous une forme ou sous une autre.

Nous vous remercions de l'attention que vous porterez à notre position et vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de notre haute considération.

Centre Patronal



Pierre-Gabriel Bieri
Responsable politique